

**ICH WÄHLE
GERECHT.**

**ICH WÄHLE
PROPORIZ.**

JA
ZU GERECHTEN WAHLEN.

Überparteiliches Komitee ProProporz.ch
Medienmitteilung

An die
Bündner Medien

Chur, 14. Februar 2013

Mehr staatspolitisches Engagement bitte

Regierungspräsident Hansjürg Trachsel (BDP) findet in der Südostschweiz vom 14. Februar 2013, die Einführung des Proporzwahlrechtes würde Probleme mit sich bringen. Doch lamentieren hilft nicht. Die Position der Regierung ist seit 10 Jahre pro Proporz.

Während Regierungspräsident Hansjürg Trachsel und die Bündner Regierung in anderen Sachgeschäften mit viel Engagement auftreten und ein geschlossenes Erscheinen der Regierungsmitglieder verlangen, fehlt es offenbar an Feuer für die staatspolitisch weit bedeutendere Proporzabstimmung. Die ausweichenden Antworten des Regierungspräsidenten können aber nicht über die Fakten hinwegtäuschen: Seit 10 Jahren spricht sich die Bündner Regierung aus rechtlichen und gesellschaftspolitischen Gründen für den Wechsel vom Majorz- zum Proporzwahlrecht aus. Zuletzt hat dies Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner als Sprecherin der Regierung in der Oktobersession 2012 des Grossen Rates wie folgt begründet: "Die Regierung ist der Auffassung, dass sich die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse verändert haben, und dass diesen Veränderungen auch im Wahlsystem Rechnung zu tragen ist. Die Regierung ist auch klar der Auffassung, dass wir diesen Entscheid nicht den Gerichten überlassen sollten, sondern diesen Entscheid wir eigentlich selbst fällen sollten. Mit anderen Worten: Die Regierung ist der Auffassung, dass Sie, meine Damen und Herren, ob Sie es nun wollen oder nicht, um den Proporz nicht mehr lange herumkommen können."

Die Bündner Regierung hat auch bezüglich der Verfassungsmässigkeit des Bündner Majorz eine klare Haltung. Nochmals Regierungspräsidentin Janom Steiner im Herbst 2012: "Wir gehen davon aus, dass unser System nicht mehr allen bundesverfassungsrechtlichen Anforderungen genügt."

Das überparteiliche Komitee ProProporz, bestehend aus den Parteien SVP, SP, Verda – Grünes Graubünden, Grünliberale, EVP, EDU und Persönlichkeiten aus FDP, CVP und BDP, erwarten, dass die Bündner Regierung die Erfordernisse eines zeitgemässen Wahlsystems weiterhin unmissverständlich kommuniziert.

Freundliche Grüsse

Überparteiliches Komitee ProProporz

Weitere Auskünfte:

Andrea Davaz, Grossrat, Tel. 079 355 57 78

Peter Peyer, Grossrat, Tel. 079 629 00 85